

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Grenzstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlich bestimmt Blatt.

Postsekretariat
Dresden 1580
Verleger
Riesa Nr. 52.

Nr. 259.

Freitag, 6. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Streikens von Produktionsverteilungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisveränderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Beise (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Kettenschrift 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontore gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterzahlungsbelege können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Der Verlauf der Tagung des Zentrumsparlamentarischen Ausschusses. Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald.

ob, Berlin. Die Tagung des Parlaments Ausschusses des Zentrums, die am Donnerstag im Reichstag unter starker Beteiligung und in Anwesenheit der Zentrumsminister aus Reich und Ländern stattfand und über die wir bereits gestern kurz berichtet haben, wurde vom Parteivorsitzenden Prälaten Raas mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der er neben dem Reichskanzler namentlich die Vertreter aus Danzig und dem Sargebiet willkommen hieß. Dann hielt Herr Ruffini-Röhl einen Vortrag darüber, wie Land und Volk die Politik des Kabinetts Brünning sehen. Er hielt es für notwendig, daß das Volk den Reichskanzler härter als bisher als Kämpfer in die Erscheinung treten sehe und gelobte zum Schluß dem Reichskanzler treue Gefolgschaft.

Dann nahm der Reichskanzler das Wort zu der bereits gestern von uns ausgedehnter veröffentlichten Ansprache. Die Ausführungen des Kanzlers wurden vom Parteiausschuss mit stürmischem, langanhaltendem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende, Prälat Dr. Raas, dankte dem Kanzler und erklärte: Sie haben den Fachmann, den Arbeiter Brünning schon lange gekannt und verehrt, Sie haben den Staatsmann Brünning schon lange in seiner verantwortlichen Stellung beobachtet und bewundert, Sie haben heute aber auch den Kämpfer Brünning kennen gelernt, den Kämpfer Brünning, von dem ich hoffe und weiß, daß er noch nicht seinen letzten Kampf gekämpft hat. Dem Fachmann Brünning unser Vertrauen, dem Staatsmann Brünning unsere unverbrüchliche kameradschaftliche Treue! (Beifall.)

Nach Dr. Brünning kam

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

zu Wort. Er sprach die Erwartung aus, daß die heutige Tagung, ebenso wie die Oldesheimer, zu einer moralischen Verbreiterung der Regierungsführung führe. Eine koalitionspolitische Frontverbreiterung sei, so fuhr der Redner fort, heute nicht möglich, weder nach links noch nach rechts. Nach links nicht, weil damit eine Mehrheit nicht zu erzielen wäre, und nach rechts nicht, weil sonst außenpolitische Erschwerungen bei den Reparations- und Stillhalteverhandlungen eintreten würden. Die koalitionspolitische Frontverbreiterung nach rechts sei aber auch aus innenpolitischen Gründen unmöglich. Die nationalsozialistische Partei sei kein homogenes gewachsenes Gebilde, mit dem die schwierigen Aufgaben der Regierung in dem bevorstehenden schweren Winter gelöst werden könnten. Die Gruppen, die in der gegenwärtigen Stunde eine Herausziehung der Rechte zur Regierung wünschten, täten es meist nicht aus staatspolitischen Gründen, sondern aus der Hoffnung heraus, daß dabei die Gruppen der Rechtsopposition auseinanderfallen und abwärts wandern würden, so daß sich nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte durch ein solches Experiment neue Zukunftsmöglichkeiten für bürgerliche Mittelparteien ergeben würden. In einer Stunde aber, wo es um Kopf und Krone eines 60-Millionen-Volkes gehe, könne man nicht taktisch operieren, sondern man müsse die Politik nach sachlichen Gesichtspunkten machen. Außenpolitisch haben wir, so sagte Dr. Stegerwald weiter, in den nächsten Wochen uns darüber zu entscheiden, ob wir für einige Jahre noch die Zähne aufeinanderbeißen oder ob wir uns für Jahrzehnte in die Gefangenenschaft anderer Völker begeben wollen. Daneben ist die Außenpolitik der nächsten Monate eine große finanzpolitische Transaktion. Wir sind gegenwärtig mit etwa 11 bis 12 Milliarden kurzfristig, mit etwa einer gleichen Summe langfristig verschuldet, und dazu kommen etwa 4 bis 5 Milliarden ausländische Beteiligungen an der deutschen Wirtschaft, so daß die gesamte deutsche Schuldenlast aus Ausland etwa 27 bis 28 Milliarden beträgt. Dazu kommen noch die politischen Schulden. Eine ähnliche Schuldenlast hatte ein moderner Staat in der neueren Geschichte noch nicht aufzuweisen. Wir haben allerdings auch Auslands-Guthaben, die zwischen 7 bis 9 Milliarden Mark betragen dürften. Unsere Zinslast beträgt für die langfristigen Schulden etwa 700 Millionen und für die kurzfristigen nicht viel weniger als eine Milliarde. Dazu kommen noch die Dividende für die Auslandsbeteiligung an deutschen Wirtschaftsunternehmen und endlich die politischen Leistungen an Reparationen.

Gegenwärtig geht der Streit darum, was geschehen soll einmal gegenüber den privaten Schulden Deutschlands und dann gegenüber den politischen Schulden. In den nächsten Wochen wird der außenpolitische Kampf darum entbrennen, ob und wie die politischen Schulden gleichberechtigt neben den privaten behandelt werden können. Deutschland hat nie bestritten, daß die privaten Schulden verzinst und zurückgezahlt werden müssen. Wir sind aber nicht in der Lage, daneben noch politische Schulden in größerem Betrag zu bezahlen. Erst wenn wir Klarheit über den Stand der Reparations- und Stillhaltefragen haben, ist die feste Basis gewonnen für eine starke deutsche Innenpolitik. Wir kommen auch um eine innere Stillhaltepolitik nicht herum. Diese Basis ist notwendig, da-

mit wir auch an die Zinsfrage herankommen können. Wir sind noch nicht an der tiefsten Sohle des Wirtschaftslebens in Deutschland und in der ganzen Welt angelangt. Wir sehen zwar klare Fronten vor uns, aber wir müssen noch auf Sumpfböden marschieren. Wir werden noch tiefer schlürfen müssen, bis wir den festen Boden haben, von dem aus wir wieder aufsteigen können.

Es ist gefragt worden, ob wir die deutsche Währung angliedern wollen an die Währungen jener 25 Länder, die sich gegenwärtig in Währungsverfall befinden. Demgegenüber ist die Regierung der Meinung, daß dem deutschen Volke eine zweite Inflation innerhalb eines Jahrzehnts nicht zugemutet werden kann. Durch inflatorische Maßnahmen, wo man in Deutschland wohl den Anfang, aber nicht das Ende sieht, würde bei uns der Spargedanke zerfallen, und ohne den Spargedanken ist es ausgeschlossen, daß wir wieder zu einem vernünftigen Kreditbau in Deutschland kommen können. Wenn aber 25 Länder der Welt sich auf dem Inflationsweg befinden, dann muß sich Deutschland, um seine Währung zu halten, dem Preisniveau der übrigen Welt anpassen. Das deutsche Volkseinkommen, das 1913 etwa 42 Milliarden betrug, beträgt heute rund 68 Milliarden gegen 70 Milliarden im Jahre 1929. Wir werden, wenn wir nicht inflatorische Wege gehen wollen, für die nächsten Jahre den jetzigen nominalen Stand des Volkseinkommens nicht halten können, sondern uns mit einem kleineren Einkommen begnügen müssen. Der Reallohn muß bei vermindertem Nominallohn bestehen bleiben, das Geld muß verstärkte Kaufkraft gewinnen. Das Jahr 1932 wird das schlimmste Jahr für die öffentliche Hand werden. Reich, Länder und Gemeinden werden infolge des verminderten Steueraufkommens ein großes Defizit haben. Siebzehn Prozent aller Ausgaben der öffentlichen Hand sind Personalansgaben, Gehälter, Pensionen, Renten, Unterhaltungen usw. Mit Veränderungen der Umsatzsteuer kann man unmöglich den Einnahmeausfall der Länder, der Gemeinden und des Reiches im Jahre 1932 ausgleichen. Wenn man nur nach den Notverordnungen sieht, so ist es richtig, daß die Arbeitnehmerschaft die größten Opfer gebracht hat; im ganzen gesehen ist es aber anders. Die Löhne sind im letzten Jahre um etwa zwei Milliarden gekürzt worden. Wenn wir aber die Bilanzwahrheit mit dem neuen Aktienrecht durchführen, dann wird sich herausstellen, daß von den 24 Milliarden, die in niederen Aktienfonds investiert sind, kaum viel mehr als zehn Milliarden erhalten bleiben werden.

Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen als die Öffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen in den letzten Jahren praktisch gekürzt worden. Wir haben im nächsten Winter zwar eine größere Arbeitslosigkeit als im letzten Winter zu erwarten, aber sie wird uns nicht mehr kosten als im letzten Winter. Wenn man bei der Arbeitslosenversicherung allgemein die Bedürftigkeitsprüfung durchführt und außerdem die Säbe auf das Maß der Krisenfürsorge herabsetzt, so spart man von den drei Milliarden, die gegenwärtig die Arbeitslosenfürsorge im ganzen kostet, allerhöchstens 100 Millionen Mark. Weitere Ersparnisse sind in der Arbeitslosenfürsorge nicht zu schaffen, wenn nicht eine Preislenkung großen Stils kommt. Dabei muß ich gegenüber gewissen kommunalen Spitzenorganisationen ganz deutlich aufpassen: Wenn Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Reich gegenwärtig 75 Prozent der Kosten für die Arbeitslosenfürsorge aufbringen, dann können diese Mittel nicht einfach den Gemeinden zur Verwaltung übergeben werden. Darüber ließe sich erst nach einem gründlichen Umbau des Steuersystems reden. Wer die Ausgaben macht, muß auch für die Einnahmen sorgen und nicht umgekehrt.

In der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind achtzig bis neunzig Prozent von dem, was man abbauen konnte, bereits abgebaut worden, so daß hier große Veränderungen nicht mehr möglich sind. In der Invaliden- und Unfallversicherung werden wir noch zu größeren Veränderungen kommen müssen. Es bleibt im übrigen dabei, daß ich den Kern der Sozialversicherung zu erhalten suche und ebenso den Kollektivvertrag und die Verbindlichkeitsklärung, wenn auch in der Handhabung Änderungen in mancher Hinsicht getroffen werden müssen. Darüber wird in der nächsten Woche im Unterausschuss des Wirtschaftsbereichs gesprochen werden.

Ein 60-Millionen-Volk kann nicht Selbstmord begehen wie ein einzelner Mensch. Wir werden bestimmt über den Winter hinwegkommen. Wir müssen und werden dafür sorgen, daß das Volk nicht zu hungern braucht. Dann müßte es aber sonderbar zugehen, wenn wir nicht die Kraft aufbrächten, auch die übrigen Aufgaben zu bewältigen. Wir sind über den Inflations- und Stabilisationswinter 1923/24 auch nur hinweggekommen mit dem Weglagerungsstand, und wenn alles hart auf hart geht, ist der gegenwärtige Staat noch lange nicht am Ende seiner Kraft angelangt. Wenn unser Volk vor der klaren Situation steht, die ich gekennzeichnet habe und wenn man dann vom Radikalismus trocknen die Zukunft eines Staates zerlegen ließe, für solche Räuber dürfte tatsächlich der

selbstgewählte Regner das Messer schleifen. Wenn dafür gefordert ist, daß die Menschen nicht zu hungern brauchen, dann wird es auch möglich sein, außerordentlich mit dem Ausgabebudget aller staatlichen Wirtschaftsmittel Ordnung zu schaffen. Man darf sich nicht Illusionen hingeben, man darf aber auch nicht ständig jammern. Zwischen Illusionen und ewigem Gemoher ist noch eine breite Mittelfrage. Die muß das deutsche Volk im nächsten Winter beitreten. Dann wird es wieder auf seinem Boden zum Aufstieg gelangen können.

In der Diskussion sprach der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Otto dem Reichskanzler das Vertrauen der Arbeiterschaft aus; er bezeichnete es als bedauerlich, wenn ein deutscher Wirtschaftsführer wie Thoben im Ausland behauptet, 45 Prozent der deutschen Einnahmen würden für soziale Zwecke verbraucht. Der Sonderling Dr. Horstner-Altona sagte dem Kanzler die Unterstützung der Unternehmensekreise im Zentrum zu. Reichstagspräsident Effer betonte, auch das Handwerk, das Gewerbe und der Einzelhandel seien bereit, sich in die Volksfront einzugliedern, erfreulich sei es, daß auch Sparkassen und gewerbliche Genossenschaften unter Garantie des Reiches getätigt werden seien. Dr. Perleuss brachte Wünsche der Landwirtschaft vor und wandte sich gegen eine neue Inflation. Dr. Birtz trat für die Wiederanrichtung einer normal funktionierenden Demokratie ein.

Nach einer kulturpolitischen Rede des Prof. Dr. Dr. Schreiber sprach Prälat Dr. Raas das Schlußwort. Er sprach seine Freude darüber aus, daß der Kanzler trotz aller Schwierigkeiten und Angriffe seiner Methode der lautersten Wahrhaftigkeit treu bleiben wolle. Langsam habe sich der Vorhang zu Verhandlungen, die entscheidungsvoller sein könnten, als alles, was seit Versailles an den Tischen der Diplomaten verhandelt worden sei. Die internationale Ansicht werde beherrscht von der Einsicht in die Tatsache, daß Versailles ein verhängnisvoller, ein verurteilter Start zum Weltfrieden gewesen sei. Vor wenigen Wochen sei dieses Urteil von Reapel und von Washington aus dem Munde Mussolinis und des Senators Borah mit einer Stärke der inneren Überzeugung ausgesprochen worden, wie wir es nur auszusprechen wünschen könnten. Das sei eine erste Frucht, der geduldsigen, besonnenen, zielorientierten Außenpolitik im Geiste Brünnings. Gerade weil das deutsche Volk in dem letzten Jahre einen Opfergang wie vielleicht kein anderes auf der Erde gegangen sei, habe es einen moralischen Anspruch darauf, vor das Ausland hinzutreten und die Erwartung auszusprechen, daß das Tempo der Staatsmänner nicht zu sehr hinterherhinken hinter dem Tempo der apokalyptischen Reiter, der Not über Deutschland, über Europa und über die ganze Kulturwelt dahinrauschen. Lebhafter Beifall der Versammlung unterbrach diesen Satz. Dr. Raas beschränkte weiter die bisherigen Auswirkungen der Laualreise nach Washington als einen wenig ermutigenden ersten Auftakt. Er sprach die Hoffnung aus, daß die reparationspolitischen Schwierigkeiten sich über kurz oder lang klären, und schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Ausdruck der Erwartung, daß der Ansehensunterricht der Welt und der Weltkrisis stark genug sein würden, um Paragrafenbedenken beiseite zu schieben.

Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Dank der Partei und dem Dank aller derer, die zwar nicht zur Partei gehörten, aber im selben Vaterlande, für seine Führung der Reichsgeschäfte. (Stürmischer Beifall.)

Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

Die Volkspartei zur Reichskanzlerrede.

ob, Berlin. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei verbreitet eine Erklärung zu den Anmerkungen, die Reichskanzler Dr. Brüning auf der Tagung des Reichs-Parlamentarischen Ausschusses der Zentrumspartei gegen die Deutsche Volkspartei gerichtet haben soll. Nach dem Bericht einer Korrespondenz (es handelt sich nicht um WZ, oder das Nachrichtenbüro des WZ) soll der Kanzler gesagt haben, durch den Beschluß der Deutschen Volkspartei auf Einberufung des Reichstages im vorjahren Sommer habe Deutschland an einem Tage 220 Millionen Mark Verlust verloren. Die Deutsche Volkspartei bemerkt dazu, der Reichskanzler habe selbst im Sommer und später stets anerkannt, daß eine solche Verschuldung lediglich agitatorischer Natur und sachlich nicht begründet sei. Die Volkspartei würde es bedauern, wenn derartige agitatorische Angriffe erfolgt wären, die ihr die Fortsetzung ihrer loyalen Haltung dem Reichskanzler gegenüber unmöglich machen würden. In dem im Bericht des Nachrichtenbüros des WZ, wiedergegebenen Vorwurf des Reichskanzlers, daß ein Mitglied der Deutschen Volkspartei in ausländischen Zeitungen sich demüße, die Lage Deutschlands zu erschweren, wird erklärt, man wisse nicht, was Dr. Brüning mit dieser Äußerung im Auge habe. Eine Stellungnahme hierzu werde die Deutsche Volkspartei zurückstellen, bis die nötige Klärung vorliegt.